Stand: 16.12.2025 00:35:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10772

"Rettungshelfergleichstellung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10772 vom 07.04.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 07.04.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11421 des KI vom 21.04.2016
4. Beschluss des Plenums 17/11891 vom 09.06.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.04.2016 **Drucksache** 17/**10772**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Susann Biedefeld, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Rettungshelfergleichstellung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu berichten, in wie vielen Fällen seit dem Inkrafttreten des Art. 33a des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (BayRDG) es im Freistaat zu Alarmierungen unter den Voraussetzungen des § 44 Abs. 1 Satz 3 der Verordnung zur Ausführung des (AVBayRDG) gekommen ist und in welcher Größenordnung es in diesem Zusammenhang zu Erstattungen für Freistellungen gekommen ist.

Des Weiteren soll dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen der Einführung eines Freistellungs-, Entgeltfortzahlungs- und Erstattungsanspruchs für ehrenamtliche Einsatzkräfte, die nicht zu den ehrenamtlichen Einsatzkräften im Rettungsdienst gemäß Art. 33a Abs. 1 BayRDG i.V.m. § 44 Abs. 1 AVBayRDG zählen, berichtet und der Zeitplan für eine Gesetzesvorlage zur Retterfreistellung unabhängig vom Vorliegen der Voraussetzungen des § 44 Abs. 1 Satz 3 AVBayRDG mitgeteilt werden.

Begründung:

Art. 33a BayRDG erfasst nur die unmittelbar mit der rettungsdienstlichen Transportleistung sowie der medizinischen Notfallversorgung zur Vorbereitung und Begleitung der Transportleistung betrauten Kräfte. Betreuungskräfte und Einsatzkräfte der Krisenintervention zählen grundsätzlich nicht zur zeitkritischen notfallmedizinischen Primärversorgung des Rettungsdienstes. Allerdings werden auch diese Kräfte vom Anwendungsbereich der Retterfreistellung erfasst, soweit sie bei einem Massenanfall von Verletzten von der Integrierten Leitstelle als Unterstützung alarmiert werden. In diesem Fall profitieren auch sie von den neuen gesetzlichen Leistungen (vgl. hierzu § 44 AVBayRDG). Ein sehr großer Teil von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern wird von Art. 33a BayRDG allerdings nicht erfasst, z.B. Einsatzkräfte der organisierten Ersten Hilfe, da diese weder Bestandteil noch Ersatz des öffentlichen Rettungsdienstes sind. Ziel muss aber die Gleichstellung aller ehrenamtlichen Kräfte im Rettungsdienst wie bei den Feuerwehren und den Einheiten im Katastrophenschutz sein. Um hierbei zu einer gerechten Lösung zu gelangen, soll die Staatsregierung dem zuständigen Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Fallzahlen seit Inkrafttreten des Art. 33a BayRDG und des § 44 Abs. 1 Satz 3 AVBayRDG, die Höhe der erfolgten Erstattungen, die Höhe der zu erwartenden Erstattungen im Fall der umfassenden Rettungshelfergleichstellung und den Zeitplan zur Vorlage einer entsprechenden gesetzlichen Regelung zu berichten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

wieder Platz zu nehmen. Wir führen jetzt drei einfache Abstimmungen und am Schluss noch eine namentliche Abstimmung durch. Dann ist die Tagesordnung der Sitzung abgearbeitet. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was wird jetzt abgestimmt?)

Zuerst führen wir die einfachen Abstimmungen durch, am Schluss die namentliche. Ich rufe erst dann zu den Abstimmungen auf, wenn alle Platz genommen haben und wissen, worüber sie abstimmen.

(Unruhe)

So, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dürfen wir dann beginnen? Ich werde jetzt den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/10748 zur einfachen Abstimmung stellen. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "ORH-Bericht zum Flughafen München". Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10768 betreffend "Vollständige Informationen zum Terminal 2 am Münchner Flughafen". Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/10770 abstimmen. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "ORH-Bericht zum Flughafen München". Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/10769, über den in namentlicher Form abgestimmt wird. Weil ja alle hier sind: Sind Sie mit drei Minuten einverstanden? – Dann beginnen wir.

(Namentliche Abstimmung von 17.22 bis 17.25 Uhr)

Drei Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaales aus.

Ich teile Ihnen mit, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/10749 bis 17/10751 und 17/10753 bis 17/10756 sowie 17/10771 bis 17/10773 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Wir sind mit der Tagesordnung am Ende. Das Präsidium bleibt aber noch hier, weil wir das Ergebnis der namentlichen Abstimmung noch verkünden müssen. Denen, die dringend zum Zug müssen, können wir es, glaube ich, erlauben zu gehen. – Aber die Ergebnisse liegen schon vor. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Claudia Stamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen", Drucksache 17/9927, bekannt. Mit Ja haben 52 gestimmt, mit Nein haben 84 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Wir unterbrechen kurz und warten auf das andere Ergebnis.

(Unterbrechung von 17.26 bis 17.30 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Freller, Peter Winter und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "ORH-Prüfung zum Flughafen München" auf Drucksache 17/10769 bekannt. Mit Ja haben 138 Abgeordnete gestimmt, mit Nein keiner. Stimmenthaltungen gab es auch nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Dann sind wir fertig und am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg und schließe jetzt die Sitzung.

(Schluss: 17.31 Uhr)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.04.2016 **Drucksache** 17/**11421**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**10772**

Rettungshelfergleichstellung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Paul Wengert**
Mitberichterstatter: **Peter Tomaschko**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 50. Sitzung am 13. April 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 107. Sitzung am 21. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2016 **Drucksache** 17/**11891**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Susann Biedefeld, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**10772**, 17/**11421**

Rettungshelfergleichstellung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu berichten, in wie vielen Fällen seit dem Inkrafttreten des Art. 33a des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (BayRDG) es im Freistaat zu Alarmierungen unter den Voraussetzungen des § 44 Abs. 1 Satz 3 der Verordnung zur Ausführung des (AVBayRDG) gekommen ist und in welcher Größenordnung es in diesem Zusammenhang zu Erstattungen für Freistellungen gekommen ist.

Des Weiteren soll dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen der Einführung eines Freistellungs-, Entgeltfortzahlungs- und Erstattungsanspruchs für ehrenamtliche Einsatzkräfte, die nicht zu den ehrenamtlichen Einsatzkräften im Rettungsdienst gemäß Art. 33a Abs. 1 BayRDG i.V.m. § 44 Abs. 1 AVBayRDG zählen, berichtet und der Zeitplan für eine Gesetzesvorlage zur Retterfreistellung unabhängig vom Vorliegen der Voraussetzungen des § 44 Abs. 1 Satz 3 AVBayRDG mitgeteilt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 3 und 4, über die wir eben abgestimmt haben. Ebenfalls ausgenommen ist die Listennummer 14. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Scheuenstuhl, von Brunn, Adelt und anderer (SPD) betreffend "Verschlechterung stoppen – Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen", der auf Wunsch der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung am späten Nachmittag.

Ausgenommen ist des Weiteren die Listennummer 7, Antrag der Abgeordneten Arnold, von Brunn, Woerlein und anderer (SPD) betreffend "Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten". Dieser Antrag wird im Einvernehmen der Fraktionen auf die Sitzung am 14. Juni verschoben.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und institutionelle Fragen
Öffentliche Konsultation zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister
01.03.2016 - 01.06.2016
Drs. 17/10728, 17/11625 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Mai 2016 (Vf. 7-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Außenbereichssatzung der Stadt Füssen gemäß § 35 Abs. 6 BauGB für die Stadtteile Oberried und Weißensee, erste Änderung, vom 21. März 2014

PII/G1310.16-0005
Drs. 17/11628 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Absenkung des Wahlalters auf 16
Drs. 17/9379, 17/11608 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Wahlalter 16 bei der Europawahl
Drs. 17/10274, 17/11364 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

5. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Staatliche Flächen mit Kurzumtriebskulturen zur Energiegewinnung nutzen
Drs. 17/10295, 17/11462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Ingrid Heckner, Dr. Martin Huber u.a. CSU
Spektrum sichern und bayerische Kultur- und Kreativwirtschaft retten
Drs. 17/10319, 17/11723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Herbert Woerlein u.a. SPD
Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten
Drs. 17/10431, 17/11636 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wertschätzung der Schulleiterinnen und Schulleiter
Drs. 17/10452, 17/11638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Für faire Arbeitsbedingungen − Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen nicht länger blockieren!
Drs. 17/10514, 17/11644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein privates Kapital für die Bundesverkehrswegefinanzierung
Drs. 17/10515, 17/11724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Humanitäre Krise abwenden: In Not geratene Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen
Drs. 17/10516, 17/11631 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wer Obergrenzen fordert, darf sich der Bekämpfung der Fluchtursachen nicht verschließen
Drs. 17/10522, 17/11463 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Bundesverkehrswegefinanzierung beschleunigen und erhöhen − Optionen für privates Kapital ausloten − Auftragsverwaltung stärken
Drs. 17/10533, 17/11725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Verschlechterung stoppen − Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen
Drs. 17/10566, 17/11646 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u.a. SPD
Zuführungen zum Pensionsfonds
Drs. 17/10567, 17/11634 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Stärkung unserer bäuerlichen Strukturen − Filterpflicht für große Schweinehaltungsanlagen
Drs. 17/10659, 17/11637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

17. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Tierschutz stärken − Europäisches Recht umsetzen
Drs. 17/10676, 17/11647 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Durch eine Altfall-Regelung gut integrierten Asylbewerbern eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive geben
Drs. 17/10761, 17/11632 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Freistellungspraxis bayerischer Behörden bei ehrenamtlichen Rettungskräften
Drs. 17/10755, 17/11425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausweitung der Freistellungs-, Entgeltfortzahlungs- und Erstattungsansprüche ehrenamtlicher Rettungskräfte
Drs. 17/10799, 17/11423 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Norbert Dünkel u.a. CSU
Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer im Rettungsdienst
Drs. 17/10873, 17/11424 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Rettungshelfergleichstellung
Drs. 17/10772, 17/11421 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 Satz 3 BayLTGeschO:
Votum des **federführenden** Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z